

## **Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 07./08.12.2021**

### **Teilhaushalt 3100 (Anträge 27 bis 72, TOP 11, TOP 17)**

#### **Antrag 27 (Seite 148 ff.): Umsetzung des Biodiversitätskonzeptes (GRÜNE)**

Die Tabelle da vorne ignorieren Sie im Moment noch mal. Die kommt erst nach dem nächsten Antrag. Und gibt es da eine Wortmeldung der antragsstellenden Fraktion?

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** 2017 haben wir neue Studien gehabt, dass die Biodiversität dramatisch zurückgeht und dass wir unbedingt aktiv werden müssen, um die Artenvielfalt in Deutschland, auch in Karlsruhe, zu schützen, zu erhalten und da haben viele Fraktionen sich dafür engagiert, und wir GRÜNEN haben den Antrag gestellt auf einen Masterplan für Biodiversität. Der wurde nun seit 2017 erarbeitet und wurde im letzten Umweltausschuss vorgestellt. Nun geht es um die Umsetzung, denn es ist ein sehr umfassendes Konzept, das praktisch alle unbebauten Flächen in Karlsruhe beinhaltet und es geht um eine Qualitätsentwicklung, eine Qualitätssteigerung und dafür sind 83 Maßnahmen vorgesehen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Wir haben in Karlsruhe eine große Verantwortung für Biodiversität, denn wir sind eine von nur fünf Kommunen, die zehn verschiedene Landschaftsformen und 83 Biotope hat, und deshalb gilt es ganz besonders, die seltenen Arten bei uns zu schützen. Wir GRÜNEN haben jetzt 100.000 Euro beantragt für diesen Haushalt zur Umsetzung, denn für die Umsetzung der ersten Maßnahmen fehlen die Mittel. Dazu gehört eine umfassende Bürgerbeteiligung. Dazu benötigt man Mittel zum Monitoring und zur Datenerhebung und für die entsprechenden Maßnahmen, um die Biotope weiter zu verbessern. Es geht also nicht nur um Mahd oder Saaten, Blumensamen auszuschütten, sondern es geht darum, differenziert die jeweiligen Populationen zu schützen. Deshalb bitten wir sehr, nachdem wir uns ja alle für Biodiversität ausgesprochen haben, dass wir diese 100.000 Euro einstellen und damit richtig loslegen können, auch mit einer Verbesserung der Artenvielfalt auf unserer Gemarkung. Wir tragen die Verantwortung für den Schutz dieser Biodiversität, und ich bitte hier um Zustimmung für unsere Fraktion.

**Stadtrat Maier (CDU):** Vorausgeschickt, wir als CDU stehen voll und ganz zum Biodiversitätskonzept. Wir werden dies mittragen, auch nächste Woche, werden wir zustimmen. Wir stehen da voll und ganz dahinter. Allerdings, und das sagt auch die Verwaltungsantwort aus, die Mittel passen so, wie sie eingestellt sind, und ich finde es schon alles sehr komisch. Ich erinnere mich hier gerne zurück an einen der letzten Doppelhaushalte, als die SPD einen Antrag gestellt hat, künstliche Intelligenz einzusetzen, wir dem auch zugestimmt haben bei den Bienen und dann aber die GRÜNEN das abgelehnt haben. Auch mein Ansinnen im Umweltausschuss in der neugestalteten Kriegsstraße, den Alleecharakter nicht mit einheitlichen Bäumen, sondern mit unterschiedlichen Bäumen, zu gestalten, um hier Biodiversität zu leben, an einer Stelle, an der man noch mitgestalten hätte können, wurde von den anderen Kollegen und der Verwaltung nicht mitgetragen. Und jetzt hier dann auf einmal wieder das Füllhorn auspacken, das versteht meine Fraktion nicht, das verstehe ich nicht, und deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Die Vorrednerin hat es auch schon gesagt, wir haben eine hohe

Verantwortung hier in Karlsruhe, was den Schutz von Biodiversität anbelangt. Wir haben ein sehr gutes Konzept vorgelegt bekommen, allerdings jetzt erst vor zwei Wochen. Wir haben es noch nicht mal mehr im Gemeinderat verabschiedet. Das steht heute in einer Woche an. Nichtsdestotrotz kann man der Stellungnahme der Verwaltung entnehmen, dass die Verwaltung auch hier schon erste Dinge macht. Ich erinnere zum Beispiel an die naturnahe Mahd. Wir wollen jetzt erst mal ins Konzept einsteigen. Wir wollen von der Verwaltung hören, für was sie denn in welchem Umfang Gelder benötigt und dann sind wir sicherlich auch dabei, das zu unterstützen. Wir wollen aber jetzt keine Blindsumme einstellen. Wir verlassen uns auf diese 5 Millionen Euro Sonderposten, der da ja noch für Klimaschutz zur Verfügung steht und wollen dann, wenn einzelne Maßnahmen hinterlegt sind, dort dann auch mitgehen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Biodiversität ist wirklich unglaublich wichtig. Wir diskutieren das im Umweltausschuss, wo wir ein sehr gutes Konzept gerade vorgestellt bekommen haben. Ich muss sagen, dass das Gartenbauamt in dem Rahmen, den wir haben, sehr viel dafür macht, und ich muss auch sagen, dass die Öffentlichkeit eigentlich informiert ist, dass es ein Teil dieses Antrags ist, denn wir diskutieren glücklicherweise jeden Tag überall über Biodiversität. Ich denke also nicht, dass Öffentlichkeitsarbeit absolut dringend ist. Eine Bemerkung am Ende. Ich wollte gerne Frau Rastätter und den GRÜNEN sagen, dass Privatflächen privat sind.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Das Thema Biodiversität ist allgegenwärtig und mittlerweile auch in der Bevölkerung angekommen, und das Ansinnen der Kollegen von den GRÜNEN ist natürlich ein hehres Ziel, das wir gerne unterstützen würden. Allerdings, in Anbetracht der Haushaltssituation, und ich muss ganz ehrlich sagen, in Anbetracht der Größe unserer Stadt, sehen wir nicht, dass wir da mit 100.000 Euro jetzt wirklich was konkret massiv bewegen können. Wir sind der Ansicht, dass wir vermehrt die Bürger mit ins Boot nehmen. Wir haben viele Brachflächen, auch in den Stadtteilen und auch in den Bürgervereinen ist das Thema angekommen, und viele Bürger würden gerne dort mehr mit einsteigen in die Bepflanzung und ich weiß aus eigener Erfahrung, dass auch das Gartenbauamt hier sehr unterstützend zur Seite steht, dass man Pflanzen bekommt, dass man Ratschläge bekommt, wie man solche Flächen sinnvoll bepflanzen kann, und ich würde lieber gerne die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger hier mit ins Boot nehmen, als einfach jetzt pauschal Mittel rauszuhauen, die dann Großteils irgendwo in den Aufwandskanälen versickern.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortbeiträge. Wir kommen zur Abstimmung über die Ordnungsziffer 27, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte an der Stelle aber Ihnen, Frau Rastätter, ausdrücklich zusagen, dass das natürlich neben Klimaanpassung und Klimaschutz ein drittes, extrem wichtiges Thema ist, zu dem sich auch der Gemeinderat und die Verwaltung insgesamt bekennen, und da werden wir sicherlich, wenn das Konzept dann mal durchdiskutiert ist, auch Mittel und Wege finden, entsprechende Dinge umzusetzen, und das Thema Information ist, glaube ich, das vorrangige. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wissen gar nicht, was wir hier für eine Vielfalt haben und deswegen können sie sie weder wertschätzen noch mitschützen. Da ist die Verwaltung, denke ich, völlig auf Ihrer Linie.

**Antrag 28 (Seite 148): Umsetzung des Hitzeaktionsplans, kommunale Gesundheitsförderung, eine befristete Stellenschaffung (SPD)**

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Den Hitzeaktionsplan haben wir 2018 schon beantragt. Es wurde jetzt von der Verwaltung mehrfach geäußert, dass es für die nächsten Schritte ganz zwingend notwendig ist, dass man eine Stelle hat, die sich damit beschäftigt. Im Juli im Gemeinderat wurde zuletzt gesagt, dass man versucht, eine drittmittelfinanzierte Projektstelle zu finden. Davon haben wir leider jetzt nichts mehr gehört, und deswegen fühlen wir uns auch ein Stück weit in der Verantwortung, jetzt für unser Projekt, dass wir damals gefordert haben, auch die personelle Unterstützung zu erhalten.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Wir stimmen dem Hitzeaktionsplan zu, diesem Antrag, insbesondere, weil es hier um vulnerable Gruppen geht.

**Stadtrat Maier (CDU):** Auch hier wieder, als CDU stehen wir hinter dem Aktionsplan. Die Umsetzung kann auch klappen. So lesen wir auch die Antwort der Verwaltung. Das kann auch ohne eine zusätzliche Stellenschaffung funktionieren. Ich glaube, die Verwaltung kann hier kreative Wege gehen und wird diese auch finden und von daher Ablehnung des Antrages.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Liebe SPD, ich verstehe wirklich diesen Antrag nicht. Wir haben für den Doppelhaushalt jetzt ganz wenige Stellen, mit Ausnahme der ganzen Klimadiskussion, wo wir 20 Extrastellen eingestellt haben, was sehr, sehr viel ist, und dieser Hitzeaktionsplan kann selbstverständlich auch von diesen vielen Stellen betreut werden. Wir sind stehen dem Hitzeaktionsplan, aber stimmen gegen diesen Antrag.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Die AfD spricht sich ja in einem anderen Antrag generell gegen Stellenneuschaffungen aus, und das gilt auch für diese Stelle, die hier beantragt wird, neu zu schaffen. Wir lehnen daher den Antrag ab.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Wir werden dem Antrag heute auch nicht zustimmen, auch wenn er von 2018 herräumt, ist er jetzt sehr kurzfristig aufgetaucht, und wir werden uns dementsprechend enthalten, weil uns das ganze Stellenprofil tatsächlich etwas unklar ist.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Er ist einfach schon lange in der Pipeline und ich denke, heute muss ein Knopf drangemacht werden, dass hier eine Mehrheit dafür da ist.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Es verwundert mich schon, den Antrag hatten wir letztes Jahr gestellt, auch als unsere Fraktion gestellt, und da war die Antwort damals, dass bei einer Förderungsstelle eine halbe bis eine Stelle beantragt wurde, die auch genügen würde, um diesen Hitzeaktionsplan auszuarbeiten. Jetzt sind es drei geworden. Also, von der Seite her finde ich das überhöht. Deswegen werden wir den Antrag so ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Damit ist der Antrag **mehrheitlich angenommen**.

Wir kommen jetzt auf der **Seite 150 ff.** zum Einstieg in das **Thema Klimaschutzkonzept** und da würde ich jetzt bitten, dass wir die Tabelle noch mal hier einspielen. Sie haben hier die im Hauptausschuss am 12.10. vorgegebenen Positionen, und wir haben das über die Veränderungsliste noch mal etwas umsortiert und erhöht, und das sehen Sie jetzt in den beiden Spalten auf der rechten Seite. Das entspricht den Angaben, die Sie auch in der **Informationsvor-**

**lage unter TOP 11** schon zur Kenntnis gegeben bekommen haben. Wir haben es also einmal mit 33.700.000 zu tun und einmal mit etwa 41.000.000, die wir hier für den Klimaschutz in den nächsten beiden Jahren bereitstellen. Die einzelnen Veränderungen, auf die würde ich Sie jeweils hinweisen.

Noch mal zur Erläuterung, in Abänderung der Vorlage des Hauptausschusses vom 12. Oktober wurden die Mittel des Sondertopfs für klimabezogene Projekte im investiven Finanzhaushalt, die noch nicht ausgeplant sind, um weitere 5 Millionen in 2022 und 2023 erhöht. Mit der Bereitstellung dieser weiteren Mittel werden Ansätze des Amts für Abfallwirtschaft, des Tiefbauamtes und der Hochbau- und Gebäudewirtschaft, die im Entwurf bereits enthalten sind, umgeschichtet bzw. mit einer Zweckbindung versehen. Deswegen haben wir insgesamt an der Stelle auch den Haushalt nicht aufgebläht. Die entsprechenden einzelnen Projekte, die man dann darunter subsummiert, müssen dann mit Ihnen in den Fachausschüssen jeweils besprochen werden, denn da haben wir ja noch keine entsprechende Zuweisung vorgenommen. Dadurch, dass es mit einem entsprechenden Sperrvermerk versehen ist, dient es auch noch mal der weiteren Fachdiskussion darüber, wie man aus diesen bestehenden Mitteln auch noch stärker etwas zum Klimaschutz beitragen kann. Ich darf mich hier auch bei den betroffenen Fachämtern ganz herzlich für Ihre Bereitschaft bedanken, diesen Weg mitzugehen. Darüber hinaus haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2024 ff. jeweils 10 Millionen im Ergebnishaushalt sowie 15 Millionen im investiven Finanzhaushalt zusätzlich eingestellt. Das sind auch noch nicht gebundene Mittel, weil wir hier einfach noch gar nicht wissen, was wir denn dann an welchen Stellen in diesen weiteren Jahren erhöhen sollten. Da sollten wir in den zwei Jahren jetzt Erfahrungen sammeln, und dann kann man beim nächsten Haushalt diese Mittel verteilen. Sie stehen aber damit in der mittelfristigen Finanzplanung schon mal drin, und damit ist das auch eine realistische Betrachtung für die Jahre 2024 ff.

Alles das, was ich Ihnen jetzt gerade so versucht habe, etwas prosaähnlich vorzutragen, findet sich in der Veränderungsliste mit den jeweiligen Positionen wieder. Die **Informationsvorlage haben Sie zur Kenntnis genommen**. Insofern brauchen wir die, glaube ich, jetzt da nicht aufzurufen und zu diskutieren. Sie ist im Grunde noch mal der Ausdruck dessen, was wir über die Veränderungsliste auch schon aufgenommen haben. Es bedarf jetzt also keiner zusätzlichen Umschichtungen oder Beschlüsse.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Das kann ich so nicht teilen, was Sie jetzt ausführen. Ich glaube, da ist hier am Anfang auch das Thema Umwelt und Arbeitsschutz angebracht, gerade zu dieser Informationsvorlage Stellung zu nehmen, auch wenn sie schon mal in Teilen vorberaten wurde. Ich will mal dazu sagen, die CDU steht zu dem Klimaschutzkonzept, aber trotzdem ist das kein Tabuthema. Wir müssen in Einzelheiten ran, und deshalb müssen wir auch da sehr kritisch sein.

Was wir noch mal unterstreichen, ist, dass wir für diesen Bereich eine sehr transparente, vorbildliche Darstellung vorfinden. Das ist keine Frage, aber das ist keine Rechtfertigung, Herr Oberbürgermeister, diese Darstellung 24 Stunden vor dieser Haushaltsdebatte, Sie sagen jetzt in Teilen und unerheblich, vorzulegen. Für die GRÜNEN ist es „Klasse, noch mal auf die Oberschenkel draufklatschen“. Das sehen wir unterschiedlich. Wir wollen das in einer gesamtheitlichen Betrachtung bewertet wissen. Jedenfalls sind 5 Millionen einfach mal auf jedes Haushaltsjahr aufgestockt worden und das so über Nacht. Wie sich das ergibt, das ha-

be ich in Teilen noch gar nicht verstanden, in Teilen kann man es nachvollziehen. Jedenfalls beziehen Sie auch jetzt völlig inkonsequenter Weise nichtausgeplante Projekte mit ein. Was wir in allen anderen Bereichen nicht mitmachen, wird jetzt hier gepflegt und das halte ich, auch wenn es unter dem Label Klimaschutz geht, so nicht machbar.

Im Großen und Ganzen ist es immer noch ein Setzkasten zahlloser, größerer oder kleinerer Projekte und Ideen. Es fehlt uns, der CDU-Fraktion, eine Priorisierung und Plausibilisierung, und die werden wir auch für die zukünftigen Haushaltsjahre einfordern. Masse statt CO<sub>2</sub>-Effizienz, sage ich mal ganz deutlich, denn das müssen wir einfordern. Wir können in einem städtischen Haushalt, der mit dem Rücken zur Wand steht, wirklich nicht Geld nach Belieben, nach Emotion, nach Beliebtheit oder sonst wie verteilen. So haben wir aber den Eindruck, zumindest bei einigen Positionen, die zum Teil auch aus der Vergangenheit gar nicht vollständig abgerufen wurden. Zusammenfassend, die CDU wird auch beim Klimapaket auf eine Aufgabenkritik bestehen. Da kommen wir mittelfristig nicht herum. Im Moment halten wir aber das Paket für zustimmungsfähig, insoweit mal vorab.

**Stadträtin Bischoff (GRÜNE):** Ich würde an dieser Stelle auch gerne noch ein paar grundsätzliche Sachen zum Klimaschutzkonzept und eben auch zu den nachfolgenden Anträgen sagen und wie wir dazu dann auch abstimmen werden. Seit wir das Klimaschutzkonzept vor gut eineinhalb Jahren beschlossen haben, ist einiges passiert. Durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom März dieses Jahres ist klar, dass die Politik mit ihren Maßnahmen die Erreichung der Klimaneutralität deutlich konsequenter verfolgen muss. Die bisherige Bundesregierung hat, wenn auch recht zögerlich, die bisherigen Ziele schon nachgeschärft. Uns bestärkt es auf jeden Fall darin, dass wir die Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts, und da geht es jetzt nicht um eine Priorisierung, sondern wirklich alle Maßnahmen, konsequent verfolgen und umsetzen müssen.

Uns ist absolut bewusst, dass die finanzielle Lage, in der wir uns aktuell befinden, dieses Vorhaben erschweren wird. Wir sehen allerdings, dass aufgrund des wirklich kleinen Emissionsbudgets, auf das wir runterkommen müssen, ein wirksames Handeln jetzt notwendig ist. Mit unseren Anträgen schlagen wir aufgrund eben der aktuellen Lage, der finanziellen Lage, konkrete Maßnahmen vor, anstatt einfach nur pauschal Beträge zu erhöhen. Diese und die folgenden Haushalte sind eben deshalb so wichtig, weil wir hier Kapazitäten schaffen, um die Maßnahmen, die das Klimaschutzkonzept dann für die nachfolgenden Jahre vorsieht, auch durchführen zu können. Und deswegen ist diese Diskussion, was bringt jetzt mehr CO<sub>2</sub>-Einsparung, auch nicht wirklich sinnvoll, weil wir ja zuerst mal diese Basis schaffen müssen, um auch dann die Kapazitäten zu haben, diese Projekte, die dann zukünftig viel CO<sub>2</sub> sparen, auch durchführen zu können.

Positiv sehen wir auf jeden Fall, dass die Verwaltung diese Notwendigkeit erkannt hat und im bisherigen Haushaltsentwurf in Bezug auf Klimaschutzkonzept noch mal nachgeschärft hat. Besonders hervorzuheben sind natürlich hier die zusätzlichen 5 Millionen im Investitionshaushalt und ich habe gerade eben schon von Kapazitäten gesprochen, auch die zusätzlichen 10 Stellen für das Jahr 2023, die hier vorgesehen sind.

Den Antrag zur vollständigen Finanzierung des Klimaschutzkonzeptes durch DIE LINKEN und die Karlsruhe Liste/DIE PARTEI sehen wir allerdings kritisch, weil die Maßnahmen der einzelnen Ämter sind eben schon durchfinanziert und wenn wir jetzt einfach nur die finanziellen

Mittel anheben, haben wir dadurch nicht viel gewonnen. Vielleicht werden sie zum Schluss einfach gar nicht abgerufen. Ähnliches gilt zum Beispiel auch für den Antrag bezüglich der Erhöhung der Mittel für den Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Gebäuden.

Über unsere Anträge, zum Beispiel im Bereich Gebäudesanierung, welche bereits kostenkontrolliert geplant sind, machen wir konkrete Vorschläge, wie wir eine vollständige Finanzierung ermöglichen können. Dass hier eine Fraktion im Haus das Klimaschutzkonzept anscheinend zurückrollen will, das können wir zur Kenntnis nehmen, wollen wir aber jetzt auch nicht weiter kommentieren.

Neben den Sanierungsprojekten fordern wir unter anderem ein Programm zur Umrüstung, - genau, das Konzept, ich war beim Förderprogramm - von Karlsruher Heizungen in Karlsruher Wohnungen, die eben zum Teil noch mit Öl oder sogar noch mit Kohle heizen. Ein solches Programm ist eben auch aus sozialpolitischer Sicht aus unserer Sicht sinnvoll, weil hier Eigentümer auch langfristig Kosten sparen können. Außerdem beantragen wir ein Förderprogramm, um mittelständische Karlsruher Unternehmen darin zu unterstützen, Klimaneutralitätsstrategien zu planen und umzusetzen.

Wir werden einige Anträge natürlich ablehnen, die zwar in der Intention unterstützenswert sind, dabei aber aus unserer Sicht den falschen Ansatz wählen. Das betrifft zum Beispiel einige Anträge der LINKEN im Bereich ÖPNV-Priorisierung, Stellplatzbereiche und noch einige andere. Wir lehnen diese Anträge deshalb ab, weil es hier um neue Projekte geht und hier ist dann einfach noch nicht absehbar, welche konkreten Kosten und vor allem auch, welchen Personalaufwand es zum Beispiel mit sich zieht. Deswegen sehen wir eine einfache Erhöhung hier einfach nicht als sinnvoll. Die Anträge zur Erhöhung der Mittel der Projekte Stromspartpartner und Kühlgerätetausch, die bei der KEK angegliedert sind, werden wir auch ablehnen. Das sind zwar wirklich sehr gute Projekte, und wir sehen auch, dass durch die Erweiterung des Karlsruher Passes natürlich hier auch die Nachfrage steigen kann. Allerdings muss man jetzt sagen, dass aufgrund Corona im letzten Jahr einfach die Nachfrage hier deutlich eingebrochen ist und wir jetzt keine konkreten Zahlen haben, auf denen wir eben eine Erhöhung genau rechtfertigen können. Für uns wäre es logischer, in zwei Jahren zum Beispiel die Zahl noch mal zu evaluieren und dann zu schauen, ob hier eventuell noch Bedarfe bestehen und die Mittel angepasst werden müssten.

Insgesamt sehen wir die Vorlage der Verwaltung natürlich sehr positiv und hoffen, dass wir mit unseren Anträgen auch noch einiges zum Klimaschutzkonzept beitragen können, danke schön.

**Der Vorsitzende:** Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir diese Diskussion zu dieser Geschichte noch fertig machen und dann würde ich den Geschäftsordnungsantrag stellen, dass wir noch mal beschließen, die drei Minuten einzuhalten oder nicht, weil, wir hatten uns anders verabredet. Ich habe jetzt heute Morgen die Rückmeldung akzeptiert, dass es für die allgemeine Debatte nicht gilt, okay, aber ich sehe jetzt hier sehr viel Unmut, und es haben sich ganz viele andere Fraktionen auf drei Minuten eingestellt. Insofern machen wir es danach noch mal, dass wir es zum... Ja, wir weichen von unserer Geschäftsordnung ab. Dann müssen wir es nachher einfach einmal durchstimmen, und dann machen wir es entweder so oder so. Ich habe sowohl im Hauptausschuss als auch heute Morgen noch mal festgestellt, und da hat keiner widersprochen, dass die drei Minuten auch für die Haushaltsberatung gelten. Ich sehe

jetzt einzelne Fraktionen, die das auch so wahrgenommen haben. Insofern müssen wir es einfach grundsätzlich klären. Ich würde jetzt diese Debatte erst mal gerne fertig machen. Das geht dann zu Lasten der einzelnen Redezeiten. Beide Lösungen sind okay, es gibt kein schlechter oder besser, wir müssen uns nur einfach darauf einigen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich nutze es jetzt auch mal für die Generalaussprache zum Klimaschutzkonzept, sehr geehrter Oberbürgermeister. Ich möchte anfangen mit einem Kommentar zu meinem wirklich geschätzten Kollegen aus Wettersbach, Herrn Pfannkuch. Wenn Sie sagen, wir stehen mit dem Rücken an der Wand, was die Haushaltslage anbelangt, dann haben Sie ganz Recht. Sie müssen aber auch anerkennen, dass wir mit dem Rücken an der Wand stehen, was die Klimafrage anbelangt, und das bedeutet, dass wir eben an das Limit gehen müssen von dem, was wir uns leisten können, wenn wir einen Haushalt aufstellen. Und es ist wichtig und es ist absolut richtig, dass wir hier den Hauptfokus auf den Klimaschutz wenden an dieser Stelle, denn das ist die Baustelle, die am meisten drückt gerade. Und auch hier möchte ich noch mal ein Lob aussprechen an eigentlich fast alle hier im Haus, außer die Kollegen, die ganz vom Herrn Oberbürgermeister aus gesehen rechts sitzen, weil wir ja eigentlich alle dieses große Paket mittragen von diesen 35 bzw. 40 Millionen und diesen Extrastellen.

Das Einzige, wo wir uns unterscheiden, ist, dass wir vielleicht, der eine oder andere, versuchen, dieses Limit, von dem ich gerade gesprochen habe, noch ein bisschen weiter zu drücken und noch gucken, ob wir es nicht noch ein bisschen weiter ausreizen können. Auch unsere Fraktion probiert es, deswegen möchte ich an der Stelle auch jetzt schon Werbung machen für unseren Antrag für die zusätzlichen Stellen im Bereich der Gebäudesanierung, weil wir hier einfach einen ganz, ganz großen Schwerpunkt sehen, wo wir noch mehr erreichen können. Wir sehen, dass andere Fraktionen auch versuchen, noch an das Limit zu gehen. Manche gehen nach unserer Meinung ganz klar über dieses Limit hinaus, und das können wir dann halt eben nicht mehr mittragen.

Wichtig ist mir, und das habe ich 2021 bei den Haushaltsberatungen auch schon gesagt, und das spricht für unsere gesamte Fraktion, uns ist ganz, ganz wichtig, dass wir uns hier nicht spalten an diesem Thema, sondern dass wir weiter in eine Richtung laufen. Ich sehe das im Großen und Ganzen hier schon und das ist sehr, sehr wichtig und sehr, sehr gut und wir laufen dort auch in dieselbe Richtung wie die Verwaltung und das muss man erkennen und das muss man mit Wertschätzung würdigen und das tun wir als SPD-Fraktion, und damit möchte ich es belassen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich habe einen großen Teil meiner Haushaltsrede gerade für Klimaschutz benutzt, weil es so wichtig ist und ich habe auch gesagt, ein bisschen selbstbewusst, dass ich vielleicht besser als die meisten in diesem Saal über dieses persönlich sprechen kann, weil ich benutze oder habe es über viele Jahre benutzt, deshalb meine Zeit sowohl regional hier, professionell für den Klimaschutz zu arbeiten und auch international.

Letzte Woche war Herr Oberbürgermeister Mentrup persönlich involviert in einer sehr, sehr großen Klimakonferenz, könnte man sagen, wo es über Nachhaltigkeit global in die Finanzwelt geht. Da waren Botschafter hier in Karlsruhe, und wir waren mehr als 200 Finanzminister, leitende Leute in der Finanzwelt von Sri Lanka, von den Philippinen, von vielen afrikanischen Ländern. Ich kann garantieren, in dieser großen, großen Gruppe spielt sowohl Dr.

Mentrup persönlich als auch Karlsruhe eine große Rolle. Die letzten sieben, acht Jahre haben wir für Klimaschutz international so viel gearbeitet und, Entschuldigung, ich sage das positiv, aber wenige Kollegen hier in der Stadt, im Gemeinderat wissen, wie wichtig Karlsruhe in der globalen Klimadebatte ist. Trotz dieses und trotz, dass es ein großer Teil meines eigenen persönlichen Lebens ist, muss man sagen, dass auch für Klimageld man Prioritäten setzen kann. Es muss erlaubt sein zu sagen, wo kriegen wir das meiste und wenn man sagt - Entschuldigung, eine pauschale Aussage - wie wir jetzt gehört haben von den GRÜNEN, dass man alles, alles bezahlen muss... Aber Gottes Wille ist doch nicht nur eine Symbolpolitik, weil, Fridays for Future und andere Klientel sagen, dass wir alles tun sollen. Manche sagen - was wir nicht tun -, das ist eine Lüge, was Fridays for Future und andere sagen. Wir tun hier richtig, richtig viel. Wir setzen viel, viel Geld ein, aber so eine pauschale Aussage, wir müssen alles tun... Es ist doch erlaubt zu sagen, wo kriegen wir den meisten Klimaschutz für unser Geld. Lasst uns eine mehr ernste und seriöse Klimadebatte als nur diese Klientelpolitik haben, bitte.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Jetzt noch mal 10 Millionen extra für den Klimaschutz, 78 Millionen im kommenden Doppelhaushalt, das ist einfach Wahnsinn, vor dem Hintergrund, dass das Land Baden-Württemberg gerade mal 200 Millionen im Jahr ausgibt bei einem Gesamtetat von 50 Milliarden. Das ist völlig over the top und wir stehen, das wurde richtig genannt, finanziell mit dem Rücken an der Wand. Wir können uns das einfach nicht leisten, und wir sollten endlich mal hier mehr Ehrlichkeit haben. Wir werden hier in Karlsruhe das Weltklima nicht retten. Mein Kollege Paul Schmidt hat es vorhin schon gesagt bei der Generaldebatte, China, Russland, Indien, andere Länder, blasen jedes Jahr ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter und weiter aus, und sie dürfen das tun gemäß Pariser Abkommen bis 2030. Was wir hier einsparen wollen irgendwann mal, das ist das, was die in zwei Tagen zusätzlich rausblasen gegenüber im Vergleich zum Vorjahr.

Und hinzu kommt bei etlichen dieser Klimaschutzmaßnahmen, dass das eigentlich nur ein Deckmäntelchen ist und es geht um Umerziehung, es geht um den Krieg gegen das Auto, den Sie hier mit Verve führen, und das werden wir nicht mitmachen. Wir haben auch entsprechende Anträge gestellt. Die können Sie natürlich alle ablehnen, aber wenn nachher am Schluss das Regierungspräsidium den Haushalt nicht genehmigt, dann haben Sie gar nichts gewonnen. Dann haben Sie mit Zitronen gehandelt, und deshalb sollte man gerade beim Klimaschutz streng drauf achten, dass wirklich nur Maßnahmen gemacht werden, die eine hohe Effizienz haben von Dingen, die wir sowieso tun, und dann machen wir sie so, dass dann auch was für den Klimaschutz bei rausspringt. Das ist wichtig, weil, was wir jetzt als Haushalt hier vorgeschlagen haben, das ist ein Defizit von 100 Millionen, und das geht einfach nicht.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Das Schönste an einer Rede der AfD ist doch immer, wie man sich vorstellt, dass Herr Stadtrat Schnell in seinem Auto sitzt und über die Umerziehung durch die GRÜNEN diskutiert. Das finde ich dann doch, ist ein sehr herrlicher Gedanke.

Ich werde jetzt sicherlich nicht noch mal auf die Diskussion eingehen auch der CDU, über das Thema Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen. Wir können die Debatten jetzt noch 15 Mal führen, ich glaube, dies führt uns nicht weiter. Die CDU kann ja gerne für sich auch mal Anträge stellen, wie wir sie priorisieren sollten. Da wäre die Arbeitszeit sicherlich gut investiert. Jetzt hätten wir vor drei Wochen sicherlich eine sehr kritische Rede gehalten, hätte ich eine sehr kritische Rede gehalten, dass wir jetzt ganz weit davon weg sind, das Klimaschutzkon-

zept zu erhalten und eine sehr harsche Kritik geäußert. Mit der Veränderungsliste ist jetzt die Kritik deutlich milder, weil, ich glaube, prinzipiell sind wir auf dem richtigen Weg. Wir sind mittlerweile auch sehr nah dran am Klimaschutzkonzept, auch wenn wir sehen, dass wir noch Nachbesserungsbedarf haben. Das sieht man an einzelnen Anträgen, die wir auch hier haben.

Ich würde gerne auf zwei Themen eingehen, wo wir tatsächlich sehen, dass wir gerne nachjustieren würden im nächsten Jahr. Das eine ist das Thema Mobilitätswende. Aus unserer Sicht, und das habe ich in verschiedenen Gremien schon gesagt, ist dort für mich der Plan bis 2035 noch sehr unkonkret, sei es, wenn wir über das Thema ÖPNV-Ausbau sprechen. Das Thema Reduzierung motorisierter Individualverkehr darauf fokussiert auch das Thema Fußgängerförderung. Trotz der Programme und Konzepte, die wir gerade machen, die gut sind, fehlt uns da noch ein bisschen die finanzielle Unterfütterung und die Maßnahmenunterfütterung über die nächsten Jahre und auch was es einen Effekt letztendlich auf das Klima hat. Ich glaube, dieses Thema ist extrem wichtig, auch, wie wir diesen Autoverkehr Stück für Stück aus der Stadt rauskriegen. Da haben wir ja eine sehr klare Position, die nicht geteilt wird. Deshalb gibt es auch Änderungsanträge von uns zu diesem Thema Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV. Jetzt gebe ich zu, und das, glaube ich, kann man als Kritik gelten lassen, dass natürlich noch viele Maßnahmen noch nicht feststehen. Auf der anderen Seite sagen wir auch, dass wir wissen, dass die Verwaltung schon viele Ideen hat, was man tun kann. Wir werden dann sicherlich im Rahmen dieser 5 Millionen, die jetzt mehr drin sind, auch darüber sprechen, ob ein Teilbereich da kommt.

Das zweite Thema ist, was für uns wichtig ist, wie wir soziale Gerechtigkeit mit Klimaschutz verbinden. Da geht es vor allem also unter anderem um den Antrag zum Thema Austausch von Kühlgeräten. Jetzt kann man gut sagen, Corona ist wieder da. Als wir den Antrag geschrieben haben, schien es so, als hätten wir das Problem endlich beendet. Wir haben es trotzdem beantragt, denn trotz dessen wir vielleicht in den ersten drei Monaten Corona haben, sehen wir jetzt gerade aufgrund der steigenden Energiepreise, die die Bundesregierung nicht in den Griff bekommt, eine Notwendigkeit hier an dieser Stelle, dass wir einen Klimaschutz so aufstellen, dass wir auch die Leute mitnehmen, die es sich erst mal persönlich nicht leisten können - auch wenn natürlich die Energiepreise nicht wegen des Klimaschutzes steigen - um dort noch mal eine Unterstützung zu bieten und dort privat auch eine Möglichkeit zu geben. Es betrifft natürlich auch diesen ganzen Verkehrsbereich. Wir haben ja nächste Woche erst die Diskussion um Anwohnerparken. Da haben wir auch das Thema soziale Staffelung drin. Wir wollen auf jeden Fall vermeiden, dass jetzt hier von einer Seite der Klimaschutz gegen soziale Belange ausgespielt wird. Ansonsten können wir sagen, wir wollen da an einzelnen Stellen noch mal nachjustieren. Der Antrag war dementsprechend so, dass wir hier vor allem noch beim HGW den Nachbesserungsbedarf sehen. Das werden wir dann im Einzelantrag abstimmen, und ansonsten hoffe ich, dass wir jetzt mit heute noch mal ein paar gute Weichenstellungen setzen, um unser Klimaschutzkonzept einzuhalten und auch die verschärfte Zielsetzung irgendwann hinbekommen mit der Unterstützung des Landes, Klimaneutralität 2035.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Ich möchte an das Statement meines Stadtratskollegen Friedemann Kalmbach noch mal hinweisen. Wir sehen den gesamten Haushalt als Waage. Stellen Sie sich Justitia vor, wo die Waage in die Höhe stellt. So wie Recht und Gerechtigkeit müssen wir die finanziellen Mittel und die Ausgaben hochhalten, damit die Waage nicht in Schiefelage

gerät. Und das ist ja das, was Sie auch zeigen, der Klimaschutz ist hier größtenteils gewollt, und ich habe es ja auch in meiner Haushaltsrede gesagt, es geht nicht um das Wollen, sondern wir müssen reagieren. Und wir müssen so reagieren, dass das auf der einen Seite Sinn macht, was wir tun, auf der anderen Seite muss es bezahlbar sein.

Da wir heute im Rahmen des Haushaltes sind, muss ich einfach sagen, viele Anträge sind gut gewollt, aber aufgrund der Haushaltslage können wir die einfach nicht mittragen. Ich sehe es als ganzes Konzept, was wir dargestellt haben. Wir sollten auch am ganzen Konzept bleiben, damit die eine Schale nicht nach unten geht und die andere nach oben, und das ist auch die Verantwortung, die wir hier als Stadträte haben. Ich möchte nicht sagen, die eine Seite hat Recht, die andere Seite hat Unrecht. Das ist Ihre eigene Philosophie, die sollen Sie auch tragen. Wir werden alles, was zusätzlich kommt, einfach hier zu diesem Thema ablehnen müssen, obwohl uns klar ist, wir werden als gesamter Gemeinderat das Thema Haushalt voranbringen.

Da ich immer wieder dieses Thema China und Indien höre, nur ein Beispiel, wer vor 15 Jahren mal in diesen Ländern war, der kennt vielleicht dieses Lied 9 Millionen Fahrräder und wer heute dort war, weiß, welche Veränderung diese Länder gemacht haben, und auch deshalb stehen wir in der Verantwortung als Vorbild. Das sehen wir ein, aber hier im Haushalt muss auch verstanden werden, dass wir nicht zu allem Ja und Amen sagen können, wenn wir es uns nicht leisten können, und darin werden wir unsere Entscheidungen jetzt in den nächsten Tagespunkten auch so berücksichtigen.

**Der Vorsitzende:** Zum Beitrag von Herrn Stadtrat Pfannkuch würde ich gerne korrigieren, wir haben keine 5 Millionen aufgesattelt, das ist mir ganz wichtig, sondern wir haben 2,5 Millionen beim Amt für Abfallwirtschaft für Anschaffungen im Rahmen des Klimaschutzkonzepts belegt und wir haben zwei Mal 1,25 Millionen beim Tiefbauamt und bei HGW mit einem Sperrvermerk versehen. Da muss vorher geklärt werden, dass es dann eben auch für den Klimaschutz angewendet wird.

Der zweite Vorwurf war, dass Sie das seit 24 Stunden wissen. Auch das stimmt nicht, sondern, das ist mit der Veränderungsliste letzten Freitag gekommen, und es ist auch aus dieser einzelnen Vorlage ja schon hervorgegangen. Insofern haben Sie es eigentlich doppelt mitgeteilt bekommen.

Das Dritte, wir haben es aus Sammelansätzen genommen, die wir auch bisher noch nicht durch einzelne Projekte belegt haben und haben jetzt diese Projekte unter unseren Klimaaktionsplan gestellt. Von daher haben wir auch jetzt nicht sozusagen an einer beliebigen Stelle irgendein Geld eingestellt, sondern wir haben es nur noch mal mit einer stärkeren Zweckbindung belegt, aber eben Mittel, die auch vorher schon als allgemeine Budgets den Ämtern zur Verfügung gestanden hätten. Insofern sind es auch keine zusätzlichen Projekte, und es ist auch ein Verfahren, dass man Sammelansätze beschließt und dann im Rahmen der Abarbeitung sich dann auf einzelne Projekte einigt. Das ist mir an der Stelle noch mal ganz wichtig.

Dann können wir diese Diskussion jetzt hier erst mal abschließen und wir kommen jetzt zu dem Thema, wie wir mit der **Redezeit** umgehen. Ich habe jetzt hier mehrere Einwürfe, die mir noch mal deutlich machen, dass es einfach hier um ein Missverständnis geht. Wir müssen es jetzt klären, wie wir es handhaben. Am einfachsten wäre es natürlich, wenn es von

jeder Redezeit einfach abgeht der Fraktion, das tut es ja sowieso, und wenn Sie dann halt länger als drei Minuten an einer Stelle reden, haben Sie an einer anderen Stelle weniger. Nach meinem Verständnis haben wir es anders besprochen. Ich höre jetzt aber auch durchaus aus der Verwaltung, dass man es auch zum Teil so verstanden hat, wie Sie das auch so verstehen, und wir haben es auch wohl früher so gehandhabt. Insofern, Herr Stadtrat Pfannkuch, ist die Frage, ob wir es noch mal zur Abstimmung stellen. Sie hatten ja den Geschäftsordnungsantrag gestellt.

(Stadtrat Pfannkuch schüttelt den Kopf)

Dann lassen wir es jetzt so laufen und es korrigiert sich quasi über die Gesamtredezeit, alles klar. Wenn wir uns da jetzt darauf einstellen können, dann handhaben wir es jetzt so. Dann bitte ich um Nachsicht, aber ich hatte es anders verstanden und habe es auch zum Teil in Fraktionssitzungen anders vertreten, aber dann haben Sie es vielleicht nur auf die drei Punkte bezogen, die wir jetzt separat..., ja, das ist, glaube ich, das Missverständnis, was da entstanden ist.

Gut, dann weise ich noch mal darauf hin, auf der **Seite 150 ff.** rufe ich damit die **Informationsvorlage** auf, die haben Sie ja auch zur Kenntnis genommen. Dann gibt es auf der **Seite 150** die **Erhöhung des Sammelansatzes im Ergebnishaushalt um jeweils 10 Millionen**. Das hat was mit der mittelfristigen Finanzplanung zu tun. Und wir haben auch auf **Seite 150** noch mal diese 5 Millionen, wobei die an anderer Stelle gegenfinanziert sind. Da komme ich dann noch drauf, und wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung noch mal um 15 Millionen investiv erhöht. Das sind alles Positionen, die jetzt beim Umweltamt drinstehen, die dann aber in der mittelfristigen Finanzplanung natürlich verteilt werden müssen, wenn wir die dann auf bestimmte Projekte umlegen. Deswegen ist das an der Stelle im Moment so untergebracht.

Dann kommt unter **TOP 17** auf der klassischen Gemeinderatstagesordnungsliste der **Antrag der CDU Photovoltaikanlagen auf Parkhäusern und Parkflächen**, verwiesen aus der Gemeinderatssitzung vom 28. September und vorberaten im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 24. November. Da gucke ich jetzt die antragstellende Fraktion an.

**Stadtrat Maier (CDU):** Ich habe dies im Umweltausschuss ja schon entsprechend begründet, möchte es hier aber nochmals in aller Kürze tun. E-Mobilität ist sicherlich nicht der Stein der Weisen, aber ganz bestimmt ein großer Bestandteil. Von daher wollen wir, dass die Stadt den Strom dort generiert, wo er auch gebraucht wird. So kamen wir auf diesen Antrag. Wir halten ihn nach wie vor für sinnvoll. Wir haben natürlich nicht erwartet, dass auf eine hoch komplexe Fragestellung eine einfache Antwort ankommt. Trotzdem ist natürlich in dieser Antwort vieles, das beantwortet wird, auch wird vieles verwiesen, manches als nicht machbar dargestellt. Was uns gefreut hat, war, dass die Verwaltung sagt, dass bereits laufende und geplante Aktivitäten unserem Antrag eigentlich schon entsprechen würden und lediglich die Erweiterung des bestehenden Förderprogramms Klimabonus Karlsruhe nicht vorgesehen ist. Das sehen wir ein wenig anders. Wir sehen hier auch keine Bevorzugung einzelner, sondern die Unterstützung der Gesamtsituation, und da sind wir uns ja alle im Hause einig, dass wir etwas für unser Klima tun müssen. Von daher bitten wir die Verwaltung, im Sinne, wie sie geantwortet hat, dass dem Ganzen weiter entsprochen wird, dass eben auch in diesem Förderprogramm das Ganze noch mitaufgenommen wird, dass die Kolleginnen und Kollegen

in der Stadtverwaltung in diesem Sinne auch weiterarbeiten und bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Unterstützung unseres Antrags.

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Wir finden es ja an sich erst mal toll, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CDU mal einen Klimaschutzantrag stellen. Leider haben Sie vergessen, dann auch Mittel dafür zu beantragen und ein bisschen weiter zu denken. Wir halten, genau wie die Verwaltung, nichts davon, nur eine spezielle Wirtschaftsgruppe dann in ein Förderprogramm aufnehmen zu wollen, und wir halten auch nichts davon, einfach bestehende Mittel weiter auszuwalzen, auf eine größere Gruppe zu verteilen. Das ist kein sinnvolles Vorgehen. Wenn man das tun möchte, muss man ein ganzheitliches Förderprogramm für alle Wirtschaftsunternehmen in Karlsruhe machen. Und noch ein kleiner Hinweis dazu, zu Strom dort erzeugen, wo er gebraucht wird: Es ist natürlich so, dass Schnellladen heute Stand der Technik ist und mit Photovoltaikanlagen Schnellladen zu unterstützen, gibt relativ wenig Sinn. Auf Privatgebäuden ist es deutlich sinnvoller, so etwas zu tun.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, möchte noch mal darauf verweisen, dass wir jetzt nicht das Klimabonusprogramm deswegen nicht umstricken, weil wir das nicht wollen, sondern, weil wir es von der Logik des Klimabonusprogramms zunächst mal als hier nicht so ganz passend betrachten und Ihnen ja auch sehr deutlich, Herr Maier, ausgeführt haben, dass es eigentlich für Investoren auch attraktiv genug sein könnte, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Das hat was mit Bäumen auf den Flächen zu tun und vieles andere mehr. Sie haben aber gesagt, dass Sie einverstanden wären, wenn wir im Sinne unserer Antwort das Thema weiterverfolgen. Das sage ich Ihnen zu. Dann könnten wir vielleicht auf eine Abstimmung verzichten und wir können uns sicher noch mal über die..., wir müssen uns eh noch mal über die Förderung vielleicht auch auf Gewerbegebäuden einigen, und da müsste dann das mit den Parkflächen auch aus meiner Sicht dazu, da passt es hin. In dieses Klimabonusprogramm, was das Wohnen vor allem erfassen soll, da passt es aus unserer Sicht eben nicht so hin, aber wir müssen einen Weg finden.

Wobei es mir bei dem Thema ähnlich geht wie beim Thema Wohnen über Parkplätzen. Wenn Sie mit den Besitzern dieser Parkflächen und den entsprechenden dazugehörigen Supermärkten diskutieren, werden Sie feststellen, dass die Bereitschaft, sich auf solche Dinge einzulassen, ziemlich übersichtlich ist. Ich hatte auch einmal mit viel Schwung Gespräche begonnen und bin dann relativ an der Wand gelandet. Das ist etwas, wo noch eine gewisse öffentliche Bereitschaft erzeugt werden muss, weil die Parkflächen natürlich eigentlich ein ungeheures Potenzial für verschiedene Dinge hätten, gerade in einer Großstadt wie in Karlsruhe. Dann können wir vielleicht so verbleiben.

**Antrag 29 (Seite 150 ff.): Stellenschaffungen für das Klimaschutzkonzept (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Für die antragstellende Fraktion redet niemand. Dann können wir gleich hier in eine Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 30 (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept 2030 - Keine Mittel für klimaschutzrelevante Stellenneuschaffungen (AfD)**

Gibt es eine Wortmeldung? Sie haben schon alles gesagt. Gut, dann können wir gleich ab-

stimmen. Dann bitte ich um Ihr Votum. – **Mehrheitliche Ablehnung.**

**Antrag 31 (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept, Ablehnung der Schaffung einer übergreifenden Finanzierungsmöglichkeit (AfD)**

Auch da habe ich jetzt keine Wortmeldung und wir gehen gleich zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt.**

**Anträge 32 a und b (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept 2030, Förderprogramm Kohleausstieg, Karlsruher Heizungen und Ersatz von Ölheizungen (GRÜNE)**

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Ganz kurz dazu. In Karlsruhe wird immer noch mit Kohle geheizt, direkt in Wohnungen. Das ist für uns eigentlich schon Anlass genug, hier ein Förderprogramm noch mal zu fordern. Es handelt sich hierbei vor allem um Mietwohnungen. Das heißt, es geht darum, auch die Qualität von Wohnraum in Karlsruhe zu verbessern. Wir sind der Überzeugung, dass eben Kohle nicht mehr zum Heizen verwendet werden sollte, und zwar möglichst schnell, und wir damit auch eine Verbesserung für Mieterinnen und Mieter erreichen können, wenn wir hier noch mal auch den Eigentümern Anreize geben, möglichst schnell diese Heizungen durch umweltfreundliche Anlagen zu ersetzen. Das Gleiche gilt dann auch für Ölheizungen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Das Anliegen ist gut, und das Anliegen ist richtig. Wir wollen aber erst mal ein bisschen mehr Details haben. Wir wollen wissen, wie die Umsetzung genau aussehen soll und wie hoch die Bedarfe sind, welche Fördermittel am Ende wirklich gebraucht werden. Wenn wir diese Details geklärt haben, dann wollen wir aus dem reichlichen Topf, den wir noch haben, also diese extra 5 Millionen, dann wollen wir einfach gucken, ob wir nicht daraus dann Mittel nehmen können.

**Stadtrat Maier (CDU):** Ich kann mich dem Beitrag meines Vorredners anschließen. Wir hätten jetzt sonst diesen Antrag hier abgelehnt. Das Ganze ist noch nicht durchdacht und wenn irgendwo keine Zahl steht oder ohne Betrag, dann ist es bisher immer ein Warnhinweis gewesen, dass wir so was nicht zustimmen. Von daher gerne noch mal darüber reden, aber jetzt hier an dieser Stelle nicht.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann bitte ich um die Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung.**

**Anträge 33 a und b (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept, Ausbau des ÖPNV beschleunigen (DIE LINKE.)**

Auch hier können wir gleich in die Abstimmung gehen. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung.**

**Anträge 34 a und b (Seite 150 ff.): Klimaschutzkonzept, Einrichtung eines Förderprogramms, Klimaneutralitätsstrategie, mittelständiger Karlsruher Unternehmen (GRÜNE)**

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Wir glauben, dass wir hier mit diesem Antrag sowohl etwas für den Klimaschutz als auch für Karlsruher Unternehmen tun können. Klimaneutralitätsstrategien helfen Unternehmen, ihre Wertschöpfungsketten besser in den Blick zu bekommen,

Emissionen in den verschiedenen Scopes beziffern zu können, damit auch Lieferantinnen und Lieferanten Vorgaben machen zu können, welche Produkte sie benötigen und auch um ihren Kundinnen und Kunden klarer kommunizieren zu können, wo sie stehen. Das ist eine Anforderung, die in den heutigen Wirtschaftskreisläufen immer stärker gestellt werden. Wenn wir Unternehmen in Karlsruhe unterstützen, genau diese Anforderung zu erfüllen, fördern wir diese und fördern den Klimaschutz. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Stadtrat Maier (CDU):** Auch da ist das Ansinnen natürlich wieder gut, aber wir lesen die Verwaltungsantwort so, dass das Ganze erledigt ist. Von daher wundern wir uns jetzt, dass wir darüber abstimmen, würden ansonsten ablehnen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Auch hier will ich dem Kollegen Cremer überhaupt gar nicht widersprechen. Er hat mit dem, was er sagt, immer Recht an der Stelle. Wir möchten aber an die KEK verweisen. Die KEK hat extra eine Stelle eingerichtet, die sich unseres Wissens mit genau diesem Thema beschäftigt, und wir sind der Meinung, man sollte jetzt erst mal mit der KEK in den Austausch gehen und gucken, was die für Erfahrungen gemacht haben und wie wir das dann möglicherweise auch noch mit Förderprogrammen von uns unterstützen können. Und auch an der Stelle verweisen wir wieder auf den Topf von 5 Millionen, aus dem man dann gegebenenfalls für solche Dinge dann auch, wenn man es im Detail durchgearbeitet hat, Mittel entnehmen kann.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Nein, ich muss Herrn Dr. Cremer hier widersprechen. Gerade die kleinen und mittelständischen Betriebe, das sind doch die, die familien- und inhabergeführt sind und die haben sehr wohl den Klimaschutz auf der Agenda, wahrscheinlich mehr als die großen Unternehmen. Die legen Wert auf die Auswahl ihrer Lieferanten, den Emissionsschutz und die Wertschöpfungskette. Letztendlich stimmt aber der Kunde ab, und da hängt es meistens am Preis, aber beim Kunden selbst, da hört der Spaß beim Preis auf, wo die Ware herkommt. Am besten kann ich es Ihnen aus dem Handel sagen. Sie alle bestellen bei Amazon, da spielt es für Sie auch keine Rolle. Noch dazu muss ich hinzufügen, dass es für mich keine städtische Aufgabe ist. Die Unternehmen, die Förderungen benötigen oder Informationen auf diesem Gebiet, die wenden sich doch in erster Linie an ihre IHK, da sind sie Pflichtmitglied, oder an ihre Verbände, die oft auch zur Bundes- und Landespolitik die viel besseren Drähte haben, wo man da eine Förderung und Informationen bekommt. Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch mal unterstreichen, dass wir es, glaube ich, auch von der Verwaltung aus für sinnvoll halten, einen möglichen Beratungsbedarf und sich dann daraus ein möglicherweise bestehenden Förderbedarf, der nicht durch andere Programme abgedeckt wird, einmal anzunehmen, und ich finde, das sollte dann in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert werden, vielleicht also auch an KEK können sich kleine Unternehmen wenden und sich beraten lassen. Das ist ja nicht nur Privatpersonen. Also, ich denke, da muss man noch mal gucken, was da für ein Bedarf ist. Da prallen ja so ein bisschen unterschiedliche Perspektiven aufeinander, und wenn dann doch was angemessen wäre, müssen wir schauen, wie wir das in den bestehenden Strukturen dann auf die Agenda nehmen.

**Antrag 35 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaschutzkampagne (AfD)**

Hier noch mal der Hinweis, dass das ja der Grundbetrag ist, der schon unabhängig von unserem Sammelansatz aus den Vorjahren übernommen wurde. Für die antragstellende Fraktion? -Alles schon gesagt. Dann können wir gleich in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 36 (Seite 150 ff.): Keine Klimaallianz mit der Wirtschaft (AfD)**

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ja, nur ganz kurz. Wir haben ja in der Begründung schon auf diese App hingewiesen, mit der sich Wirtschaftsunternehmen sehr gut einmal einen Blick über ihren Ist-Zustand hinsichtlich des Klimas verschaffen können und auch Verbesserungen dabei machen können. Es würde völlig ausreichen, wenn die Wirtschaftsförderung das promotet bei den Karlsruher Firmen. Ansonsten weiß ich aber von meinem eigenen Arbeitgeber, wir kriegen ständig E-Mails von irgendwelchen Firmen, die uns zu dem Thema beraten wollen und uns tolle Lösungen anbieten. Also, ich sehe nicht ein, dass die Stadt hier extra Geld für ausgeben sollte.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – **Mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 37 (Seite 150 ff.): Keine Aufstockung verwaltungsinterner Klimaschutzfonds (AfD)**

Da sehe ich keine Wortmeldung, und wir kommen gleich zur Abstimmung – auch **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 38 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaneutrale Verwaltung (AfD)**

Auch da keine Wortmeldung, ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

**Antrag 39 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Energiekonzept 2030 für B-Pläne (AfD)**

Wir kommen gleich zur Abstimmung, und ich bitte um das Votum – **abgelehnt**.

**Antrag 40 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Ausweitung Energiequartiere (AfD)**

Wir kommen auch gleich zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum – **abgelehnt**.

**Antrag 41 (Seite 150 ff.): Kein Sammelansatz, energetische Sanierung HGW (AfD)**

Auch hier gleich die Abstimmung – **abgelehnt**.

**Antrag 42 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaschutzkommunikation, Neuausrichtung Klimaschutzkampagne (AfD)**

Da bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

**Antrag 43 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Beratungszentrum Klimaschutz (AfD)**

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ja, zu diesem Antrag und den folgenden Anträgen, Beratungszentrum Klimaschutz, Energiequartiersberatung, Photovoltaik, Beratungsoffensive: Das sind Dinge, die sehr gut die Privatwirtschaft kann, solche Firmen, die solche Dinge den Menschen verkaufen wollen. Da ist es nicht nötig, dass die Stadt hier was tut.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung. – **(Ablehnung)**

**Antrag 44 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Aufsuchende Energiequartiersberatung (AfD)**

Die Abstimmung ist möglich ab jetzt. – **(Ablehnung)**

**Antrag 45 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Photovoltaik, Beratungsoffensive (AfD)**

Das Votum bitte ab jetzt. – **(Ablehnung)**

**Antrag 46 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Unterstützung Klimaschutzprojekte Ehrenamtlicher (AfD)**

Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – **(Ablehnung)**

**Antrag 47 (Seite 150 ff.): Ablehnung der Erhöhung des städtischen Grundzuschusses an die KEK auf den ursprünglichen Zuschussbetrag (AfD)**

Die Abstimmung ab jetzt – **abgelehnt**.

**Antrag 48 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimaschutzförderprogramm (AfD)**

Ich bitte um Ihr Votum – ebenfalls **abgelehnt**.

**Antrag 49 (Seite 150 ff.): Ablehnung Mittel für Erweiterung des Leihfahrradsystems, Bausteinaufstockung um Lastenradflotte (AfD)**

(Mikrofon von Stadtrat Schmidt reagiert zunächst nicht)

**Stadtrat Schnell (AfD):** So geht das, wenn man nur auf Photovoltaik setzt. Da ist der Strom halt mal öfters weg. Next Bike ist schon derweil ein absolutes Subventionsgrab. Der Kilometer wird mehr subventioniert als ein Stadtmobil pro Kilometer kostet und das ist eine Firma, die damit sogar richtig Geld verdient. Das jetzt auszuweiten auf Lastenfahrräder, wo mir jemand von stadtmobil versichert, wenn Sie wollten, könnten Sie das jederzeit tun, und Sie würden das auch ohne massive Förderung hinkriegen. Wir sehen nicht ein, dass man das fördern muss.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung. – Auch **abgelehnt**.

**Antrag 50 (Seite 150 ff.): Keine Mittel für Klimafreundliche Mobilität erlebbar und sichtbar machen (AfD)**

Da bitte Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Anträge 51 und 52 (Seite 154):** Das sind zwei Anträge, einer von der **LINKEN, die eine Mittelerrhöhung fordern** und einer von der **AfD, die eine Mittelkürzung fordern**, jeweils für das Thema. Okay, wir müssen dann den LINKEN-Antrag aufteilen in die beiden Ziffern, sonst funktioniert es nicht.

Ich würde mit den weitergehenden Anträgen beginnen, wenn es hier keine Wortmeldung gibt. Und der weitergehende **Antrag** ist die **Erhöhung der Mittel für die Regulation der MIV-Einfuhr auf 100.000 Euro**. Können wir die Ziffer 2 doch gleich dazu nehmen, genau, dann rufe ich den **LINKEN-Antrag** auf, der **Erhöhung von Mitteln für zwei Positionen** erfordert, Sie sehen es ja selber unter den Ziffern 1 und 2 und bitte um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Dann rufe ich auf den **Antrag** der **AfD**, der diese **Mittel reduzieren** will und bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 52, da ist der eine Teil von den LINKEN schon abgehakt. Dann sind dann **drei Stimmen dafür**, wenn wir das so regeln können. Ich bin jetzt bei 52, der Antrag der LINKEN hat sich schon erledigt. Den hatten wir mit abgestimmt.

Jetzt kommt aber der **Streichungsantrag der AfD** unter der **Ordnungsziffer 52**. Da geht es um das mit den **stellplatzfreien Bereichen und Quartieren im öffentlichen Raum**, und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **Ablehnung**.

**Antrag 53 (Seite 154): Schulverpflegung, Ablehnung Erhöhung Bioanteil, zusätzliche Maßnahmen Nachhaltigkeit (AfD)**

Da bitte ich um Ihr Votum. - **(Ablehnung)**

**Antrag 54 (Seite 154): Keine Mittel für Realisierung einer Citylogistik nach Abschluss der Kombilösung (AfD)**

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ganz kurz nur, Citylogistik, das ist ein hehrer Begriff, das finden alle ganz toll, aber ich kann Ihnen sagen, das funktioniert nicht. Das Grundproblem von Waren ist, sie haben keine Beine, sie können nicht umsteigen, sondern, man muss sie umladen. Deshalb sind die ganzen Zustelldienste bestrebt, das möglichst in einem Rutsch zu machen bzw. sie schaffen selbst Abholplätze für ihre Kunden und kombinieren das oft mit einem Preisnachlass für die Paketgebühren. Es ist völlig Unnütz, hier irgendetwas tun zu wollen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist mehrheitliche **Ablehnung**.

**Anträge 55 a und b (Seite 154): Fußverkehr in der Stadt fördern (DIE LINKE.)**

Ein Antrag mit zwei Ziffern. Ich denke, das können wir zusammen abstimmen. Es gibt keine Wortmeldung. Dann können wir gleich hier zur Abstimmung kommen. – Das ist **Ablehnung**.

**Anträge 55 c und d (Seite 154): Streichung von Fußverkehrsförderung (AfD)**

Hier bitte ich ebenfalls um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 56 (Seite 154): Streichung städtischer Grundzuschuss für die Energie- und Klimaschutzagentur, KEK (AfD)**

Das, was Sie begehren, möchte ich nur den Hinweis geben, ist kein Sammelansatz, sondern ist im Grunde schon die Grundfinanzierung, die Sie jetzt hier reduzieren wollen.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ich komme da ja sehr oft vorbei, ist ja direkt neben dem Haus der Fraktion. Da ist eigentlich nie jemand da, der sich beraten lassen will. Also, das Ganze bringt nichts, und wir wissen auch von irgendwelchen Veranstaltungen, die im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, mal vorgetragen wurden, - danke, dass Sie mich ausreden lassen - wo es keinerlei Kontrolle gibt, was Sie denn mit irgendwelchen Informationsveranstaltungen erreicht hätten. Da wird uns gesagt, ja, wir hatten ungefähr so und so viele Besucher und das war dann aber auch schon alles.

**Der Vorsitzende:** Also, ich habe mich von denen auch schon beraten lassen. Die sind aber zu mir nach Hause gekommen, weil sie nämlich gucken wollten, wie mein Dach aussieht und solche Geschichten. Insofern unterschätzen Sie, glaube ich, ein bisschen, was da getan wird.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Die Aussage von Herrn Rechtsaußen Schnell kann ich so nicht stehen lassen. Das stimmt einfach nicht. Jedes Mal, wenn ich in das Haus der Fraktionen gehe, sind dort immer Leute. In dem linken Fenster ist so eine Art Theke und da stehen

immer Leute, die sich beraten lassen. Sie wollen etwas nicht sehen, Herr Schnell, und deswegen sehen Sie es dann auch nicht.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Jetzt gehen wir in die Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich darf noch zur **Seite 155** anmerken, dass wir hier den Betriebskostenzuschuss an die KEK um einen gewissen Betrag gekürzt haben im Rahmen der Beiträge der Einsparvorgaben bei den städtischen Beteiligungen.

**Antrag 57 (Seite 154): Streichung projektbezogener Zuschüsse für externe Unternehmen (AfD)**

Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

**Anträge 58 a und b (Seite 154): Zuschuss Kühlgerätetausch (DIE LINKE.) (AfD)**

**Stadträtin Binder (DIE LINKE):** Ich möchte noch mal darauf zu sprechen kommen, wie wichtig die Verbindung zwischen Ökologie und Sozialem ist, und hier haben wir einen ganz klassischen Fall. Die Problematik, dass es gerade in Haushalten mit geringverdienenden Menschen, mit einkommensschwachen Familien tatsächlich zur Problematik von alten Haushaltsgeräten zu einem erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß kommt, und verbunden mit erhöhten Kosten für diese Haushalte, ist es aus meiner Sicht gerade deshalb dringend erforderlich, dass wir hier tatsächlich die Bezuschussung eher erhöhen, als das Gegenteil. Kollegin Bischoff hat es vorher angesprochen, wegen Corona sei die Nachfrage eingebrochen, aber wir gehen doch davon aus, dass wir irgendwann Corona überwunden haben, und diese Haushalte haben dann Nachholbedarf, noch mehr, als sie ihn sowieso schon haben. Deshalb bitte ich dringend, tatsächlich diese Beratungsstellen und auch den Austausch der Geräte zu unterstützen. Also, ich kann es bloß aus dem Privaten sagen. Ich habe vor zwei Jahren meinen Herd und meine Waschmaschine ausgetauscht und seither 600 KWh im Jahr weniger verbraucht, und meine Geräte waren wahrscheinlich nicht ganz so alt wie die Geräte, die in so Haushalten stehen mit armen Familien. Deshalb, bitte unterstützen Sie diese Zuschüsse.

**Der Vorsitzende:** Ich würde jetzt erst Herrn Dr. Schmidt noch für den zweiten Antrag aufrufen, weil es dieselbe Sache berührt und dann gehen wir in die Debatte, wenn es recht ist.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Frau Binder kann das nicht wissen, weil sie noch nicht so lange dabei ist, aber diesen Antrag haben wir jetzt in den letzten Haushaltsberatungen immer gehabt. Ich weiß es für die letzten sieben Jahre. Irgendwann müssen diese alten Kühlgeräte doch alle ausgetauscht sein. Es kann nicht sein, dass wir das ewig immer weitertragen, diese Kosten. Irgendwann muss man die mal hinterfragen, und jetzt haben wir eine schwierige Situation. Deswegen wollen wir die streichen.

**Stadträtin Bischoff (GRÜNE):** Ich würde es noch mal ganz kurz wiederholen. Den Punkt mit der Streichung, den müssen wir, glaube ich, gar nicht diskutieren. Es ist auf jeden Fall ein Bedarf da, und wir sehen auf jeden Fall auch, dass dadurch, dass eben der Empfängerkreis des Karlsruher Passes sich erweitert hat, auf jeden Fall auch potenziell eine höhere Nachfrage möglich ist. Um wieder das Thema Corona aufzugreifen, dadurch, dass zum Beispiel dann

Beratungen entfallen sind oder nicht zugänglich waren, ist es einfach schwer, aktuell auf der Zahlenlage genau zu sagen, das ist der Bedarf, der da ist. Wir hätten schon gerne irgendwie konkrete Zahlen, an denen wir uns dann orientieren können, wenn wir hier Beträge erhöhen. Deswegen noch mal das Angebot, dass wir vielleicht in zwei Jahren noch mal drüber schauen, in der Hoffnung, dass sich das dann wieder normalisiert hat und dass wir dann wirklich konkrete Zahlen haben, die auch aussagekräftig sind und mit denen wir arbeiten können.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Beide Themen, 58/59, sind Herzensanliegen der SPD-Fraktion schon immer gewesen, das haben wir auch immer unterstützt und sogar, glaube ich, ursprünglich mal beantragt. Deswegen kommt natürlich die Streichung, was die AfD verlangt, überhaupt nicht infrage. Uns würde einfach interessieren, wie sich das jetzt entwickelt. Ich denke, das Anliegen ist berechtigt, aber wir müssen einfach gucken, wie sich das jetzt entwickelt. Sollte wirklich ein Mehrbedarf da sein, wir haben ihn bis jetzt noch nie kommuniziert bekommen, dann finden wir Wege, wie wir das aus dem Klimaschutztopf oder aus irgendwelchen anderen Töpfen, die für den Klimaschutz vorgesehen sind, dann auch sicherlich decken können.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion wird den Antrag unterstützen, wir werden dem zustimmen. Herr Kollege Huber, wenn wir das jetzt einstellen, könnten wir zum Beispiel sagen - ich weiß nicht, ob DIE LINKEN den Weg mitgehen würden -, dass das Begehren grundsätzlich eingestellt wird und dass man dann schaut, was braucht man für eine Summe. Denn so, was Sie sagen, wird das nicht funktionieren. Das wissen wir in der Praxis. Wenn was nicht im Haushalt ist, dann wird - auch wenn klar ist, es ist ein Bedarf da - nichts mehr zurückgeholt, und das aus anderen Töpfen zu nehmen, aus dem Umweltbereich, das finde ich auch nicht adäquat. Also, vielleicht könnten da die SPD und auch die GRÜNEN ein Stück weit über ihren Schatten springen aus einer sozialen Verantwortung heraus für die Menschen, für die das gedacht ist, dass man dem dann doch so zustimmt.

**Der Vorsitzende:** Ich würde Ihnen bei 58/59 vorschlagen, wenn die Mittel ausgeschöpft sind im Lauf des Jahres und es einen weiteren Bedarf gibt, dass wir dann mit Ihnen darüber reden, ob wir aus anderen Projekten des Klimaschutzes, wo die Mittel vielleicht nicht abfließen, noch etwas umschichten können. Wenn das eine Lösung wäre, glaube ich, kommen wir dem Anliegen nach, denn wir haben jetzt so viele unterschiedliche Projekte beschlossen, da wird auch irgendwas im Jahr mal nicht abfließen. Wir müssen nur die Deckungsfähigkeit klären, aber Herr Dollinger nickt, das ist ein gutes Zeichen. Das müssen Sie dann aber natürlich auch beschließen. Ich sage das jetzt nicht pauschal zu, sondern das würden wir dann mit Ihnen über den Hauptausschuss oder so klären. Das wäre, glaube ich, ein guter Weg, als dass wir jetzt ins Blaue hinein was aufstocken. Das waren jetzt alle Wortbeiträge.

Ich bin immer noch bei **58**. Jetzt gibt es den **Erhöhungsantrag der LINKEN**. Können wir auf den dann vielleicht verzichten?

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Wir würden dem folgen, was Sie jetzt gerade vorgeschlagen haben.

**Der Vorsitzende:** Dann kommt der **Streichungsantrag der AfD**, und da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 59 (Seite 154): Stromsparpartner (DIE LINKE., AfD)**

Hier geht es hier um ein ähnliches Thema. Auch da haben wir einen **Antrag zur Mittelerhöhung** der **LINKEN** und einen zur **Mittelstreichung** der **AfD**. Wenn wir mit dem Erhöhungsantrag wieder so umgehen könnten, bräuchten wir ihn hier nicht zur Abstimmung stellen

(Stadtrat Bimmerle nickt.)

Dann stelle ich jetzt den **Antrag der AfD** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 60 (Seite 154): Nachhaltige Wirtschaftskreisläufe fördern (DIE LINKE.)**

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Das war im letzten Haushalt schon eingestellt. Ich glaube, da gab es dann eine Misskommunikation zwischen den Antragstellern und der Verwaltung, wer jetzt genau das Konzept einfordert und deshalb wurde die Summe gar nicht ausgeschöpft. Wir werden die 10.000 Euro weiterhin beantragen, für beide Jahre jeweils, aber mit Sperrvermerk an der Stelle und dann dementsprechend ein Konzept einfordern oder uns vorlegen lassen.

**Stadträtin Weber (GRÜNE):** Wer könnte etwas dagegen haben, nachhaltige Wirtschaftskreisläufe zu fördern? Im aktuellen Koalitionsvertrag gibt es hier eine klare Ausrichtung, die Kreislaufwirtschaft, effektiven Klima- und Ressourcenschutz, Chance für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze, zu fördern. Hierzu sind wir als Kommune gefragt, dies mit günstigen Rahmen- und Wachstumsbedingungen umzusetzen. Durch Öffentlichkeitsarbeit, finanzielle Förderung und bessere Infrastrukturen können wir ein Klima für verändertes Angebot, Produkte und Dienstleistungen schaffen. Als Kommune muss dies auch umgesetzt werden, und wir benötigen hierfür die finanziellen Mittel und vor allem auch eine gute Planung. Deshalb möchten wir, dass die Verwaltung hierzu ein Konzept erstellt und dass dieses Konzept im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vorgestellt wird. Gerne möchten wir ebenfalls diesen Antrag mit einem Sperrvermerk vermerken und diesen Sperrvermerk gegebenenfalls dann nach dem Ausschuss aufheben.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Wir waren bis jetzt immer mit dabei und wir werden auch diesmal mit dabei sein. Wir danken der LINKEN für den Antrag und da genau hinzuschauen. Wir gingen irgendwie auch davon aus, dass es eigentlich schon verstetigt ist, und dafür herzlichen Dank.

**Stadträtin Lorenz (FW | FÜR):** Sicherlich sind die nachhaltigen Wirtschaftskreisläufe förderungsfähig. Allerdings, in Anbetracht der Haushaltssituation könnten wir hier uns immer nur eine Anschubfinanzierung vorstellen, weil, letztendlich muss auch so ein Projekt sich nachhaltig tragen. Daher würden wir dem Vorschlag der Verwaltung folgen und den Antrag ab-

lehnen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich habe es jetzt so verstanden, mit Sperrvermerk, da waren sich alle einig. Dann bitte ich jetzt um das Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

**Antrag 61 (Seite 154): Keine Unterstützung für Klimaschutzprojekte städtischer Gesellschaften (AfD)**

Ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

**Antrag 62 (Seite 154): Kein Sondertopf für klimaschutzbezogene Projekte, die noch nicht ausgeplant sind (AfD)**

Auch da bitte ich um Ihr Votum. Das ist **abgelehnt**.

**Antrag 63 (Seite 154): Keine Mittel für Forcierung des Umbaus zur Fahrradstadt, beschleunigter Ausbau Radrouten (AfD)**

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ausbau Fahrradroutes, da haben wir grundsätzlich kein Problem mit. Das jetzt noch zu beschleunigen in Anbetracht der Haushaltslage, halten wir für nicht gut, denn die Mittel sind nun mal knapp. Ich spreche jetzt auch gleich noch zu Punkt 64, die Zusatzmittelrealisierung Fahrradstraße, Nördliche Hildapromenade, das halten wir für überflüssig. Wir haben bereits überbreite Radwege auf der Kaiserallee. Wir haben an der Moltkestraße bereits Radwege. Die jetzt auch noch da auszubauen, das ist wirklich nicht nötig.

**Der Vorsitzende:** Ich stelle **63** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum – **(Ablehnung)**

**Antrag 64 (Seite 154): Forcierung des Umbaus zur Fahrradstadt – Ablehnung von Zusatzmitteln Realisierung Fahrradstraße Nördliche Hildapromenade (AfD)**

Und dann noch die Hildapromenade, da bitte ich um Ihr Votum ebenfalls ab jetzt - auch **abgelehnt**.

**Antrag 65 (Seite 154): Keine Mittel für Förderung der Ladeinfrastruktur, Ausbau Elektromobilität (AfD)**

Auch da können wir gleich abstimmen. - **(Ablehnung)**

**Antrag 66 (Seite 154): Keine Mittel für Ausbau von Radabstellanlagen (AfD)**

Ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

**Antrag 67 (Seite 154): Keine Erweiterung des Leihfahrradsystems mit Fokus Lastenrad (AfD)**

Sie haben schon dazu gesprochen. Wir stimmen ab. – **(Ablehnung)**

**Antrag 68 a (Seite 154): Streichung Mittel für Photovoltaikausbau auf städtischen Dächern**

**(AfD)**

Der war ursprünglich mal mit einer falschen Nummerierung, 82, falls es jemand mitbekommt hat, versehen war.

**Antrag 68 b (Seite 154): Photovoltaikausbau auf städtischen Dächern beschleunigen (DIE LINKE.)**

Und Photovoltaikausbau ist auch der Antrag mit der Ordnungsziffer 68 b der LINKEN, der aber eine **Erhöhung** hier vorschlägt. Auch der war ursprünglich mal falsch nummeriert. Dazu gibt es weiterhin keinen Diskussionsbedarf.

Dann fangen wir mit dem **AfD-Antrag** an. Da geht es um eine **Streichung**, und ich bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den **Erhöhungsantrag der LINKEN** und bitte auch da um das Votum. – (**Ablehnung**)

**Antrag 69 (Seite 154): Streichung Mittel für Mittel beschleunigte LED-Umstellung Straßenbeleuchtung (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir sind nicht gegen die Umstellung auf LED bei der Straßenbeleuchtung, aber wir sind gegen die beschleunigte. Wir sind der Meinung, es soll da umgestellt werden, wo sowieso an die Straßenbeleuchtung gegangen werden muss, aber die Beschleunigung ist aus unserer Sicht ineffizient. Deswegen sind wir dagegen.

**Der Vorsitzende:** Ja, ich bin halt gehalten, jeweils die Titel vorzulesen, die Sie Ihren Anträgen selber geben. Insofern entsteht manchmal, glaube ich, nach außen hin auch ein falscher Eindruck. Denn Sie wollen es gerade ja nicht beschleunigen. Okay, jedenfalls, 69 steht zur Abstimmung. – (**Ablehnung**)

**Antrag 70 (Seite 154): Keine Aufstockung der Fördermittel an private Hauseigentümer\*innen für energetische Gebäudesanierung (AfD)**

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 71 (Seite 154): Sammelansatz energetische Sanierung Hochbau- und Gebäudewirtschaft (AfD)**

Auch da können wir gleich abstimmen, und zwar ab sofort. – (**Ablehnung**)

**Antrag 72 (Seite 154): Städtischer Fuhrpark (AfD)**

Wir können abstimmen. – Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Vielen Dank, ein Marathon an Anträgen und ich glaube, uns ist noch mal bewusst geworden, was wir in diesem Bereich alles tun. Das ist schon ganz beeindruckend, wenn man sich diese lange Liste anguckt. Ja, vielen Dank auch für die konzentrierte Abarbeitung an alle Beteilig-

ten.